

Für Open Source-Software in der Stadtverwaltung nach dem "Münchener Modell"

Die Marburger PIRATEN fordern den Einsatz von freier Software in der Stadtverwaltung, wo immer dies möglich ist. Die PIRATEN fordern daher eine schrittweise Umstellung im Rahmen von Ersatzinvestitionen, da Lizenzen kommerzieller Produkte keine Lösung von Dauer sind.

Öffentliche Infrastruktur

Nahverkehr, Kommunikation und Energie

Die Grundversorgung mit Wasser, Strom, Wärme, Müllabfuhr, Kommunikation und Gesundheit ist nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu organisieren, sondern diese ist so weit als möglich in kommunaler Hand zu behalten bzw. wo nötig wieder in die öffentliche Hand zurückzuführen.

Die PIRATEN beabsichtigen, das ÖPNV-Angebot in der Stadt Marburg zu erhalten und, wo nötig, weiter auszubauen. Außerdem soll das städtische Nahverkehrsangebot besser mit dem überregionalen ÖPNV verzahnt werden, indem die Stadtwerke ihre Fahrpläne z. B. mit denen der Bahn koordinieren. Die PIRATEN setzen sich dafür ein, dass W-LAN-Zugangsmöglichkeiten in Marburg erweitert werden. Beispielsweise könnten Bushaltestellen mit Access Points ausgerüstet werden.

Der Ausbau der Breitbandversorgung des Landkreises ist mit einer transparenten Geschäftspolitik und nach Möglichkeit mit lokalen Partnern zu verwirklichen.

Bürgerrechte und Datenschutz

Für einen Staat, der sich aus dem Privatleben heraus hält

Die PIRATEN fordern eine Politik, die die informationelle Selbstbestimmung aller Bürger achtet und keine "Datenkraken" erfindet, wie die für 2011 geplante Volkszählung.

Jegliches staatliche Handeln, muss maximale Datensparsamkeit als Grundsatz haben. Es darf keine Aufhebung der Zweckbindung von Verwaltungsdaten geben. Eine Auskunftspflicht für intime Daten, erinnert nicht an einen freiheitlichen Staat. Niemals darf es eine Zusammenfassung unterschiedlicher Lebensbereiche unter einer eindeutigen Personenkennziffer geben. Solch eine Ordnungsnummer ist gefährlich für die Demokratie und wurde auch durch das Bundesverfassungsgericht bereits im Volkszählungsurteil ausgeschlossen.

Nur nichtexistente Daten sind sichere Daten!

KLARMACHEN ZUM ÄNDERN!

Piraten schon einmal Probe wählen:

<http://piraten.in/mr>

Weitere Informationen erhalten Sie unter:

<http://www.piratenpartei-marburg.de/>

Piratenpartei Deutschland
Kreisverband Marburg-Biedenkopf
Postfach 200 608
35018 Marburg



Piratenpartei Deutschland
Kreisverband
Marburg-Biedenkopf
(kurz) Programm
zur
Kommunalwahl
2011

PIRATEN
PARTEI

Für uns Piraten steht der freie, selbstbestimmte Mensch im Mittelpunkt

Die PIRATEN treten für eine neue politische Kultur und eine Neubelebung der Demokratie ein, bei der sich Politiker und Bürger als gleichberechtigte Partner im Dialog begegnen.

Die PIRATEN betonen, dass die Verwaltung vom Bürger beauftragt und den Interessen der Bürger verpflichtet ist, nicht den Interessen von Wirtschaftsunternehmen oder gar den eigenen.

Um eine verantwortungsvolle Verwaltung zu erhalten, reicht es nicht aus verantwortungsvolle Mitarbeiter zu gewinnen. Diese müssen auch in die Verantwortung genommen werden können - dies gelingt nur durch mehr Transparenz, so dass jeder Bürger nachvollziehen kann, durch wen und auf welchem Weg Entscheidungen zustande kamen und ob die Interessen der Bürger auch tatsächlich berücksichtigt wurden.

Basisdemokratie

Bürger bestimmen und entscheiden

Die PIRATEN sind gemäß dem im Grundgesetz festgeschriebenen Kerngedanken der Ansicht, dass alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht und dass diesem grundlegenden demokratischen Prinzip verstärkt Geltung verschafft werden muss. Daher sprechen sie sich für eine umfassende Beteiligung der Bürger aus.

Die PIRATEN werden daher das Handeln ihrer Abgeordneten im Auftrag der Öffentlichkeit überwachen, dokumentieren und veröffentlichen.

Indirekte Demokratie

Die PIRATEN möchten daher die Kommunikationmittel sowie -techniken der Gegenwart einführen und nutzen, um die Kommunikation zwischen Bürgern und Abgeordnete auf kommunaler Ebene zu erleichtern.

Bürgerhaushalt

Die PIRATEN befürworten, dass öffentliche Ausgaben von den Bürgern kontrolliert werden.

Sie wollen den Bürgerinnen und Bürgern ein Mitspracherecht verschaffen, da sie der Auffassung ist, mehr demokratische Partizipation bei der Haushaltsgestaltung stärkt die Identifikation des Einzelnen mit seiner Gemeinde, Kommune oder Kreis. Zusätzlich können Vetterwirtschaft und Korruption durch die deutlich erhöhte Transparenz bereits im Ansatz verhindert werden.

Selbstverwaltung

Die Piratenpartei unterstützt die Forderung des Ortsteilbeirat Ockershausen, dass Ortsteilbeiräte in der Stadtverordnetenversammlung für Anliegen des Ortsteils antragsberechtigt sein sollen.

Transparenz

Transparentes Gemeinwesen statt "gläserner Bürger"

Für die PIRATEN bedeutet die Forderung nach mehr Transparenz, dass der Bürger Einsicht in die Arbeit der Verwaltung erhält. Es bedeutet insbesondere, dass die Arbeit der Verwaltung auch unmittelbar durch den Bürger überprüft werden kann. Zu diesem Zweck müssen standardisierte, maschinenlesbare und automatisiert abrufbare Formen etabliert werden. Die mit hoheitlichen Aufgaben betrauten Personen müssen - immer unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte - benannt werden können.

Das Geheimnis soll die Ausnahme werden

Das Geheimnis muss dem Prinzip der Öffentlichkeit weichen: Alles was von Steuergeldern bezahlt wird, geht den Bürger grundsätzlich etwas an - ob es nun Bebauungspläne sind oder die Ergebnisse aus Kontrollen kommunaler Behörden wie etwa dem Gesundheitsamt oder dem Ordnungsamt. Den PIRATEN ist es ein wichtiges Anliegen, dass solche Informationen - in allgemeinverständlicher, leicht zugänglicher Form - veröffentlicht werden. Zusätzlich

soll das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten zu Beschlüssen besser zugänglich gemacht werden.

Für einen allgemeinverständlichen Haushaltsplan

Zu beschließen wie das Geld der Bürger investiert werden soll, diese Macht obliegt den Parlamenten. Die Kontrolle dieser Macht obliegt aber dem Bürger. Die Durchführung dieser Kontrolle ist nur mit Übersicht möglich. Bislang ist diese Übersicht nur durch aufwendige Fleißarbeit erhältlich. Aufwendig muss sich der Interessierte bemühen, sich durchfragen und forschen. Die PIRATEN fordern daher, die Tätigkeit der Verwaltung den Bürgern mit modernen Mitteln verständlicher und nachvollziehbar zu machen.

Gegen den Ausverkauf des Gemeinguts

Überall in Deutschland sprießen "Lease-Back-Geschäfte" (Rückmietgeschäfte) und "Public-Private-Partnerships" (Öffentlich-Private-Partnerschaften) wie die Pilze aus dem Boden. Oft reibt sich eine im Unklaren gehaltene Öffentlichkeit erstaunt die Augen, wenn festgestellt werden muss, dass die Gebühren und Abgaben wieder einmal steigen.

Daher fordern die PIRATEN, bei jedem Verkauf öffentlichen Gutes den Bürger zu informieren und zwar im Vorfeld, bevor diese Vorhaben realisiert werden. Grundsätzlich sollen Verträge mit langer Laufzeiten oder über hohe Geldsummen offen gelegt werden.

Vorhaben mit Generationen übergreifender Tragweite sollen nur über eine Volksabstimmung ermöglicht werden.

